

## Antwort

### der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Jan Korte, Ulla Jelpke  
und der Fraktion Die LINKE.

– Drucksache 16/1061 –

### Rechtsextreme Gewalttaten und Ermittlungsverfahren gegen rechtsextremistische Straftäter in den Jahren 2003, 2004 und 2005

1. Wie viele Personen wurden durch rechtsextreme Anschläge und Überfälle in den Monaten September 2005, Oktober 2005 und November 2005 jeweils
  - a) leicht verletzt,
  - b) schwer verletzt,
  - c) getötet?

Im Monat September, Oktober und November 2005 wurden insgesamt 209 Personen infolge Straftaten, die dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zuzuordnen sind, verletzt. Todesfälle waren nicht zu verzeichnen.

Bundesland	Anzahl der geschädigten Personen „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“
BB	13
BR	10
BW	14
BY	6
HB	5
HE	12
HH	6

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 26. April 2006 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bundesland	Anzahl der geschädigten Personen „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“
MV	7
NI	24
NW	17
RP	11
SH	9
SL	1
SN	19
ST	36
TH	19
<b>Summe</b>	<b>209</b>

2. Wie viele Ermittlungsverfahren liefen gegen Rechtsextremisten wegen Übergriffen, Ausschreitungen, Überfällen usw. in den Jahren 2003, 2004 und 2005 (bitte nach Quartalen und/oder Jahren, Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
3. In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungen in den Jahren 2003, 2004 und 2005 eingestellt (bitte nach Quartalen und/oder Jahren, Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
4. Wie viele Rechtsextremisten wurden in den Jahren 2003, 2004 und 2005 wegen Anschlägen, Übergriffen, Propagandadelikten, Verstößen gegen das Versammlungsrecht usw. zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Quartalen und/oder Jahren, Ländern sowie Straftaten und Strafmaß aufschlüsseln)?

In den Statistiken der Rechtspflege, insbesondere in der Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik) und der Strafverfolgungsstatistik, werden Ermittlungsverfahren bzw. Abgeurteilte wegen rechtsextremistischer, antisemitischer oder fremdenfeindlicher Straftaten nicht gesondert erfasst. Die Landesjustizverwaltungen führen deswegen auf Bitte des Bundesministeriums der Justiz seit 1992 eine gesonderte Erhebung über Strafverfahren wegen – mutmaßlicher oder tatsächlicher – rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten durch. Über Ergebnisse in den Jahren 1992 bis 1998 war in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS „Erfassung der Urteile bei rechtsextremistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Straftaten“ (Bundestagsdrucksache 14/4464) berichtet worden. In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Januar und Februar 2002“ (Bundestagsdrucksache 14/8703) wurden Ergebnisse aus den Jahren 1999 und 2000 mitgeteilt. Die Bundesregierung nimmt die vorliegende Kleine Anfrage zum Anlass, zusätzlich zu den angefragten Angaben aus dem Jahr 2003 auch die Ergebnisse für die Jahre 2001 und 2002 mitzuteilen; Ergebnisse für die Jahre 2004 und 2005 können noch nicht mitgeteilt werden, weil die Aufbereitung der Daten noch nicht abgeschlossen werden konnte.

So weit aufgrund der Erhebung möglich, ergibt sich die Antwort auf die Fragen 2 bis 4 aus den nachfolgenden Tabellen:

## Erhebung der Landesjustizverwaltungen über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland

hier: Eingeleitete Ermittlungsverfahren

## absolute Zahlen

Delikte	2001	2002	2003
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	19 875	14 171	12 554
§§ 130, 131 StGB	4 746	3 334	3 123
Tötungsdelikte §§ 211, 212 StGB	19	14	27
Körperverletzung §§ 223 ff.	1 070	942	833
Landfriedensbruch §§ 125, 125a StGB	480	231	184
Brandstiftung §§ 306 ff.	46	53	96
antisem. Bestreb. (Grabschänd. usw.)*	656	609	316
Sonst. Delikte	2 470	2 063	1 987
<b>Insgesamt</b>	<b>29 362</b>	<b>21 417</b>	<b>19 120</b>
davon wegen Straftaten gegen Ausländer**	3 553	2 276	1 796

\* ohne Doppelnennungen (DN), und zwar ohne 109 DN in HH/NRW 2001, 143 DN in NRW 2002 und 108 DN in NRW 2003.

\*\* Seit 2. Halbjahr 1999 werden vom Land Brandenburg Verfahren wegen Straftaten gegen Ausländer statistisch nicht mehr erfasst.

## Erhebung der Landesjustizverwaltungen über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland

hier: Beendete Verfahren

## absolute Zahlen

Art der Beendigung	2001	2002	2003
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO insg.	18 246	13 699	11 345
davon Täter nicht ermittelt*	10 683	7 828	6 529
Einstellung nach §§ 153 ff. StPO	1 884	1 614	1 466
Einstellung nach §§ 45, 47 JGG	1 511	1 129	989
Verurteilungen insgesamt	2 623	2 805	2 334
davon wg. Straftaten gegen Ausländ.	939	644	437
Freispruch	365	217	154
Sonst. Entscheid./auf sonst. Weise	2 961	2 307	1 544
<b>Insgesamt</b>	<b>27 590</b>	<b>21 771</b>	<b>17 832</b>

ab 1995 ohne Land Brandenburg

\* 1. Halbjahr 2001 ohne Angaben aus Hessen

Erhebung der Landesjustizverwaltungen über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland

hier: Verurteilungen

absolute Zahlen

Jahr	2001	2002	2003
Verurteilungen insgesamt	2 623	2 805	2 334
Verurteilungen zu Jugend- u. Freiheitsstrafe	753	638	543
darunter bis 6 Monate insgesamt	240	209	203
darunter zur Bewährung	[167]	[152]	[150]
6 Mon. bis 1 Jahr insgesamt	280	264	199
darunter zur Bewährung	[224]	[198]	[153]
1 Jahr bis 2 Jahre insgesamt	179	130	108
darunter zur Bewährung	[93]	[67]	[68]
mehr als 2 Jahre	54	35	33
Bewährung insgesamt	484	417	371

ab 1995 ohne Land Brandenburg

5. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Landesjustizverwaltungen zu bitten, vierteljährlich über Strafverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten zu berichten, und wenn nein, warum nicht?

Für die Staatsanwaltschaften ist die Erhebung mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand verbunden. Auf Bitte der Landesjustizverwaltungen wird diese Erhebung deswegen nur noch jährlich durchgeführt.